

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 45 (1998)
Heft: 4

Rubrik: Aktuell = Actualité = Attualità

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

**Mehr Kompetenzen für die Kantone, Bestände massiv reduzieren:
Empfehlungen der Kommission Brunner für den Zivilschutz**

Der Prozess, an dessen Ende eine neue Armee und ein anderer Zivilschutz stehen

Am 26. August 1996 beauftragte EMD-Chef Adolf Ogi Botschafter Edouard Brunner, an der Spitze eines rund 40köpfigen Teams sicherheits- und militärpolitische Leitlinien für die Schweiz nach der Jahrtausendwende auszuarbeiten. Die Kommission sollte keinen neuen Sicherheitsbericht und kein neues Armeeleitbild verfassen, sondern mit Blick auf die nächsten 20 bis 25 Jahre denkbare politische, militärische und gesellschaftliche Entwicklungen herauskristalisieren und Konsequenzen für die Schweiz aufzeigen. Am 26. Februar dieses Jahres hat Edouard Brunner im Beisein von Bundesrat Ogi, Generalstabschef Scherrer und Heeres-Chef Dousse den 27seitigen Bericht den Medien vorgestellt. Punkto Zivilschutz empfiehlt die Kommission unter anderem, den Kantonen die Kompetenz für die Organisation nach ihren eigenen Bedürfnissen zu erteilen. Die Zivilschutz-Bestände sollen massiv reduziert werden. Ogi und Brunner betonten vor den Medienvertretern, dass das Mandat vom Sommer 1996 nicht vorgesehen hatte, den Zivilschutz einzubeziehen. Bis Ende Juni läuft nun noch die Vernehmlassungsfrist für den Bericht. Wir zitieren daraus einige wichtige Aussagen, ergänzt teilweise durch Statements des VBS-Chefs an der Medienkonferenz.

HANS JÜRG MÜNGER

Aussagen zur Bedrohungslage:

Das Ende dieses Jahrhunderts ist in Europa vom Willen aller demokratischen Staaten charakterisiert, Institutionen zur langfristigen Friedenssicherung aufzubauen: die EU, die OSZE, die erweiterte Nato, die Partnerschaft für den Frieden, den Europarat und die UNO. Die Kommission empfiehlt, dass unser Land in seinem wohlverstandenen Interesse seine Zurückhaltung gegenüber internationalen Engagements ablegt.

Die Analyse der Stärken und Schwächen bei der inneren Sicherheit der Schweiz zeigt in erster Linie Defizite im Zusammenhang mit der internationalen Zusammenarbeit. Die Kommission empfiehlt, eine Annäherung an den Sicherheitsraum der EU zu suchen... Gleichzeitig ist auch das interne Sicherheitsdispositiv zu verstärken.

Staaten, die uns eines Tages bedrohen könnten, sind geographisch entfernt und verfügen nicht über konventionelle Streitkräfte, die uns gefährlich werden könnten. Die Schweiz ist gegen unwahrscheinlich gewordene Gefahren wirksam gerüstet, aber auf die wirklichen Gefahren von

heute und morgen ungenügend vorbereitet. Die Kommission empfiehlt eine Umorientierung und Anpassung unserer Armee und ihrer Rüstung entsprechend den neuen Prioritäten.

Die Bedrohungen sind schwer fassbar und komplex. Daraus entstehen neue Formen der Verletzlichkeit. Um diese Bedrohungen

abzuwehren, sind nicht primär militärische Mittel nötig. Die Kommission empfiehlt, geeignete Massnahmen zu treffen, um grenzüberschreitenden Natur- oder technischen Katastrophen, dem organisierten Verbrechen, der Kriminalität und dem Terrorismus, Druckversuchen, der Proliferation von ABC-Waffen, Störungen im Informatikbereich und ähnlichen Gefahrenpotentialen zu begegnen.

Die Schweiz soll ihre Solidarität im Ausland nicht nur finanziell oder verbal kundtun. Die neuen Bedrohungen verlangen vielmehr gemeinsame Anstrengungen mit unseren Nachbarn und Partnern. Die Kommission empfiehlt die Bildung eines «Schweizer Solidaritätskorps». Dieses besteht aus besonders ausgebildetem und ausgerüstetem Berufs- und Milizpersonal. Dieser Freiwilligen-Verband soll in der Lage sein, Rettungs- und Friedenseinsätze sowie Aktionen zur Unterstützung ziviler Behörden auszuführen.

Aussagen zu den Konsequenzen für die Instrumente der Sicherheitspolitik:

Das Milizsystem hat eine grundsätzliche Bedeutung und einen nicht zu unterschätzenden Wert – nicht nur für die Armee, sondern auch für die staatliche Gemeinschaft... Die Bewirtschaftung der allgemeinen Wehrpflicht ist flexibel zu gestalten. Die Kommission empfiehlt, dass ein Teil der Angehörigen der Armee den Dienst in einer einzigen Periode leisten kann, deren Länge noch festzulegen ist.

Angesichts der neuen Erfordernisse unserer Sicherheitspolitik sind Reformen im Bereich der Gesamtverteidigung, des Zivil-

BZS – Brunner: grundsätzlich keine divergierenden Meinungen

JM. In seiner ersten Analyse vom 26. Februar 1998 der Kernaussagen im Bericht Brunner hält das Bundesamt für Zivilschutz (BZS) fest:

«Die von der Kommission aufgezeigte Stossrichtung deckt sich im wesentlichen mit den Vorstellungen des BZS, welche dem vor einiger Zeit zusammen mit den Kantonen eingeleiteten Projekt «Bevölkerungsschutz 200X» zugrunde liegen. Dieses Projekt wird parallel zur «Armee 200X» und in enger Zusammenarbeit mit allen betroffenen Kreisen erarbeitet.

- Die Idee einer «allgemeinen Dienstpflicht» soll gefördert werden.
- Massnahmen zur Vorbereitung eines längeren Schutzraum Aufenthaltes der Bevölkerung können zurückgestellt werden. Dadurch kann eine Reduktion der Zivilschutzbestände erreicht werden.
- Die Rolle der Kantone soll gestärkt werden.
- Die Zusammenarbeit mit anderen Ereignisdiensten soll vertieft werden.
- Bei den Schutzbauten und beim Material soll das Schwergewicht auf die Werterhaltung gelegt werden. ▀

schutzes und der wirtschaftlichen Landesversorgung notwendig. Die Kommission empfiehlt, den Kantonen die Kompetenz für die Organisation des Zivilschutzes nach ihren eigenen Bedürfnissen zu erteilen – in Absprache mit den technischen Diensten der Gemeinden und den Wehrdiensten. Der Bund soll sich auf die Rahmengesetzgebung sowie auf punktuelle Unterstützungsmassnahmen bei Ausbildung und Materialeinkauf beschränken. Die Bestände sind massiv zu reduzieren. Dies steigert

men der Konsultationen zu präzisieren sein; die Problematik wird insgesamt im Sicherheitspolitischen Bericht zu würdigen sein.»

Aussagen zum Mandat:

Niemand kann mit Gewissheit voraussagen, wie sich die internationale Lage in den nächsten 20 bis 25 Jahren entwickeln wird. Gerade die jüngste Geschichte hat



Adolf Ogi und Edouard Brunner bei der Präsentation des Berichts ihrer Studienkommission.

FOTO: C. JABERG

die Effizienz, als Folge einer professionelleren Ausbildung und einer echten Motivation der aufgebotenen Männer und Frauen. Der Dienst könnte in Zukunft ebenso gut im Zivilschutz wie in der Armee geleistet werden. Die Infrastruktur an Schutzplätzen und Ausrüstung soll beibehalten, aber nicht weiter ausgebaut werden. Der föderalistische Charakter der Armee ist beizubehalten. In der Organisation müssen indes Anstrengungen zur Vereinfachung und Rationalisierung unternommen werden. Die Kommission empfiehlt, bei der Reorganisation des Zivilschutzes den Kantonen neue Kompetenzen zuzuweisen. Die Kantone sollten auch für Einsätze zur Sicherung der Existenzgrundlagen zuständig sein.

Bundesrat Ogi zu den sicherheitspolitischen Instrumenten: «Der Zivilschutz wird zur Armee 200X parallelgeschaltet. Die Reform Zivilschutz 95 wird weitergeführt. Weitergehende Aussagen werden im Rah-

gezeigt, dass plötzliche und unvorhersehbare Wendungen eintreten können. Die Kommission hat sich aber bemüht, wahrscheinlichere von weniger wahrscheinlichen, gefährliche von weniger gefährlichen Szenarien zu unterscheiden und dadurch prioritären Handlungsbedarf auszuarbeiten.

Bundesrat Ogi zum Mandat: «Der Bericht ist eine sicherheitspolitische Standortbestimmung zuhanden des Departementsvorstehers VBS... Er ist kein Instrument der Armee- und Zivilschutzplanung... Sie finden im Bericht deshalb auch keine konkreten Bestandeszahlen oder Angaben zur Dauer künftiger Dienstleistungen. Über Auftrag, Doktrin, Bestände, Wehrpflichtmodelle und Ausbildung entscheiden wir vom VBS. Dann der Bundesrat, das Parlament, das Volk... Der Bericht markiert den Beginn eines Prozesses. Am Ende dieses Prozesses stehen mit Sicherheit eine neue Armee und ein anderer Zivilschutz.»

Bausteine zu einem neuen sicherheitspolitischen Gebäude

JM. Für Bundesrat Ogi ist der Bericht Brunner eine «wertvolle Projektskizze für ein neues sicherheitspolitisches Gebäude der Schweiz». Vor den Medien griff der VBS-Chef sieben Bausteine aus dieser Projektskizze heraus. Hier sind sie – in Kurzform:

Baustein 1:

«Wir sind uns bewusst: Armee und Zivilschutz werden immer mehr daran gemessen, wie sie sich in aktuellen Einsätzen bewähren und immer weniger daran, wie sie Ernstfälle von geringer Eintretenswahrscheinlichkeit meistern.»

Baustein 2:

«Der Bericht ist keine Absage an die militärische Landesverteidigung. Wir haben kein Abonnement auf zeitlose Sicherheit.»

Baustein 3:

«Die Ära des Einzelkämpfertums gehört der Vergangenheit an. Wir müssen den europäischen Sicherheitsraum mitgestalten und mittragen. Die Neutralität darf nicht zum Selbstzweck werden.»

Baustein 4:

«Es hat keinen Sinn, 400 000 Männer und Frauen unter den Waffen zu halten, wenn sich die Sicherheitsfrage für die Bürgerinnen und Bürger immer weniger im Krieg und immer mehr im Alltag stellt.»

Baustein 5:

«Bürgerinnen und Bürger in Uniform erwarten vom Bericht Aussagen zur Zukunft der Miliz und zur allgemeinen Wehrpflicht... Eine grundsätzliche Abkehr vom Milizprinzip können wir uns zum heutigen Zeitpunkt nicht vorstellen.»

Baustein 6:

«Der Bericht bekennt sich klar zu den föderalistischen Elementen der Sicherheitspolitik: bei der Armee, vor allem aber auch beim Zivilschutz und bei der Gesamtverteidigung. In diesen beiden letzteren Bereichen geht es darum, den Föderalismus mit neuem Leben zu füllen.»

Baustein 7:

«Die Kommission sieht Defizite bei der Krisenverhütung und beim Krisenmanagement auf Stufe Bundesrat. Ich werde die Vorschläge für eine Verbesserung der Frühwarnung, eine bessere Vernetzung der Departemente und für die Schaffung eines Sicherheitsrats aufnehmen und in den Bundesrat tragen.»

Bundesrat Adolf Ogi im Gespräch mit «Zivilschutz»

«Der Bericht Brunner ist kein Instrument der Zivilschutzplanung»

Die Studienkommission für strategische Fragen hat ihren Bericht am 26. Februar vorgestellt. Er ist von den meisten Medien als gute «sicherheitspolitische Standortbestimmung» gewürdigt worden. Der Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) versteht den Brunner-Bericht als sicherheitspolitische Lageanalyse, die in die künftigen VBS-Planungsarbeiten einfließen wird. Die Studie ist aber, wie Adolf Ogi betonte «kein Instrument der Armee- oder Zivilschutzplanung». Die Kommissionsvorschläge sind bis Ende Juni dieses Jahres in eine weitgefassete Konsultation geschickt worden, an der sich – so der Wunsch des Chefs VBS – «möglichst viele Milizorganisationen, aber auch zahlreiche interessierte Bürgerinnen und Bürger beteiligen».

INTERVIEW: HANS JÜRG MÜNGER

Herr Bundesrat Ogi, Sie haben die am 1. Januar 1998 zum VBS gestossenen Ämter, darunter das Bundesamt für Zivilschutz (BZS), mit offenen Armen willkommen geheissen. Sie wollen diese «Neuankömmlinge» bis Ende Jahr voll in Ihr Departement integrieren. Wie sehen Sie diese Integrationsschritte? Und was geschieht am 1. Januar 1999 mit dem BZS?

Wir haben uns alle gefreut, den Schritt vom EMD zum VBS per 1. Januar 1998 zu vollziehen, um damit dem Bereich Sicherheit in unserem Land eine gesamtheitlichere Bedeutung zu geben. Mittlerweile habe ich Dr. Paul Horrisberger mit der Leitung des Projekts «Bevölkerungsschutz» betraut. Er soll bis Ende des laufenden Jahres aus dem Bundesamt für Zivilschutz, der Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZGV) und der Nationalen Alarmzentrale (NAZ) eine neue Organisationseinheit im Rahmen des VBS aufbauen. In dieser Phase geht es also nicht um eine abschliessende detaillierte Restrukturierung der betroffenen Stellen, sondern vor allem um eine verwaltungsinterne Harmonisierung. Daher wäre es verfrüht, schon heute zu prognostizieren, wie der Zivilschutz, die

ZGV und die NAZ auf operativer Stufe der-einst strukturiert sein werden.

Sie haben kürzlich für Ende 2000 einen weiteren Personalabbau in Ihrem Departement um rund 500 Stellen angekündigt. Haben Sie bereits Vorstellungen darüber, wie stark der Zivilschutz auf Bundesebene betroffen sein wird?

Zwischen 1990 und Ende 1997 hat das EMD seinen Personalbestand von rund 20 000 um 3632 auf 16 542 verringert. Das war sicherheitspolitisch vertretbar, finanzpolitisch zwingend und sozialpolitisch verträglich. Wenn dabei nur gerade 69 Entlassungen ausgesprochen werden mussten, dann spricht das überdies für das gute Projektmanagement. Für das laufende Jahr habe ich nun eine Abbaupause angeordnet, um die Erfüllung dringender Aufgaben im Armeebereich zu sichern und die Eingliederung der neuen Verwaltungseinheiten ins VBS zu gewährleisten. In der Zeitspanne 1999–2000 jedoch werden wir, losgelöst von der Privatisierung der Rüstungsbetriebe, den VBS-Bestand um weitere 500 Personen reduzieren müssen, wobei Entlassungen wohl nicht zu umgehen sein werden. Das BZS wird im Rahmen der Regierungs- und Verwaltungsreform (Phase NOVE DUE) bis Ende 2000 seine Personalausgaben um 5 Prozent kürzen müssen. Bei den Sachausgaben sind Einsparungen um gesamthaft 10 Prozent zu leisten. Weitere Einzelheiten dazu kann ich aber erst zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgeben.

Wenn wir schon bei den Zahlen sind: Sie haben für den Zivilschutz schon vor Monaten schwierige Zeiten vorausgesagt – so etwa in Ihrem Editorial in der Nr. 1–2/98 dieser Zeitschrift. Was den Strategiebericht anbelangt, haben Sie und Botschafter Brunner sich dezidiert von den Abbauzahlen distanziert, die in einigen Medien schaumschlägerisch bereits vor der Präsentation der Studie herumgeboten wurden. Dass es ohne Bestandesminderung nicht geht, dürfte heute einleuchten. So sind Reduktionen gemäss BZS beispielsweise im Bereich Schutzraum möglich.

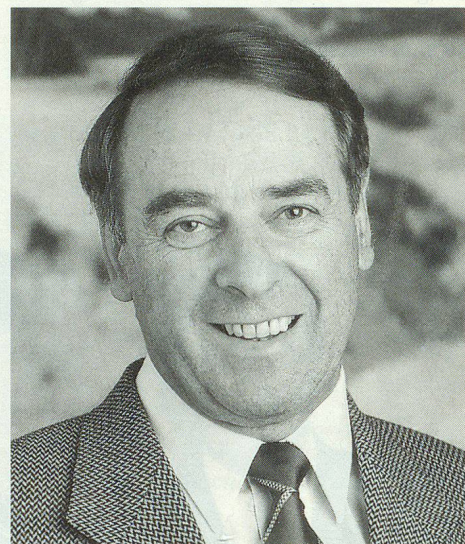


FOTO: VBS

Sehen Sie weitere Möglichkeiten, die Bestände zu verkleinern?

Lassen Sie mich zunächst folgendes festhalten: Der Bericht Brunner ist eine wertvolle Lageanalyse und Standortbestimmung. Die darin enthaltenen Äusserungen und Vorschläge werden zweifellos in unsere Überlegungen einfließen. Dennoch versteht er sich nicht als unmittelbares Instrument der Armee- und Zivilschutzplanung. Er ist weder ein sicherheitspolitischer Bericht noch ein neues Armee- und Zivilschutzleitbild. Hingegen markiert er den Beginn eines Prozesses, an dessen Ende mit Bestimmtheit eine neue Armee und ein anderer Bevölkerungsschutz stehen werden. Beide Bereiche – Armee und Zivilschutz – werden sicher schlanker sein als heute. Dafür gibt es drei Hauptgründe: die veränderte geo- und europolitische Lage, die leeren Kassen der öffentlichen Hand sowie die demographische Entwicklung. Aber nochmals: Heute über Bestandeszahlen zu reden ist nicht seriös.

Der Strategiebericht deckt sich beim Zivilschutz über weite Strecken mit den Überlegungen, welche das BZS und die Kantone im Rahmen ihres gemeinsamen Projekts «Bevölkerungsschutz 200X» angestellt haben. Richtigerweise erfolgt dieses parallel zum Projekt «Armee 200X». In die-

sem Projekt ist auch die Reduktion der Armee-Dienstpflicht ein Thema. Sehen Sie analoge Massnahmen beim Zivilschutz – beispielsweise die Dienstentlassung bereits mit 42 Jahren? Welche Sparwirkungen ergäbe dies?

Zuerst findet jetzt eine breite Konsultation zum Bericht Brunner statt. Bis im Sommer sollen sich alle interessierten Personen und Organisationen dazu äussern. Danach will ich dem Bundesrat meine politischen Leitideen darlegen, die 1999 in einen neuen sicherheitspolitischen Bericht münden dürften. Auf dieser Grundlage entsteht dann gegen Ende des Jahrhunderts ein neues Armee- und Bevölkerungsschutzleitbild. Erst dann werden wir über allfällige neue Wehrmodelle und Dienstleistungspflichten diskutieren. Wir wollen das künftige «Sicherheitsgebäude Schweiz» zuerst planen und erst anschliessend die Bauausführung festlegen. Aus diesem Grund darf das Projekt «Bevölkerungsschutz 200X» nicht abgekoppelt von der Reform «Armee 200X» erfolgen.

Die Kommission empfiehlt, bei der Reorganisation des Zivilschutzes den Kantonen mehr Gewicht und Kompetenzen einzuräumen. Was hat man darunter zu verstehen? Werden dann die wenigen finanzstarken Kantone für den Schutz ihrer Bevölkerung des Guten zuviel und die finanzschwachen Kantone zuwenig tun?

Einleitend möchte ich doch unterstreichen, dass im Bereich Zivilschutz gesamtschweizerisch bis heute sehr viel getan worden ist. Andererseits gibt es jedoch ohne Zweifel zahlreiche Verbesserungsmöglichkeiten im Zusammenspiel zwischen Armee, Zivilschutz und den Wehrdiensten der Gemeinden. Das Motto für die Zukunft könnte etwa lauten: Substanz optimieren,

Aufwand reduzieren, Verantwortung dezentralisieren. Wir haben die entsprechenden Vorschläge der Kommission Brunner mit Interesse aufgenommen und warten nun ebenso gespannt auf die Reaktionen und Ideen der Kantone, die wir in unsere Planung integrieren können.

Sie haben an der Medienkonferenz vom 26. Februar erklärt, die Ära des Einzelkämpfertums der Schweiz gehöre der Vergangenheit an. Die Kommission Brunner empfiehlt mehr Solidarität und gemeinsame Anstrengungen mit unseren Nachbarstaaten. Dabei denkt man sofort auch an die Partnerschaft für den Frieden und andere bereits gut angelaufene Formen der Zusammenarbeit. Welche Möglichkeiten eröffnen sich hier für den Bevölkerungsschutz künftiger Prägung?

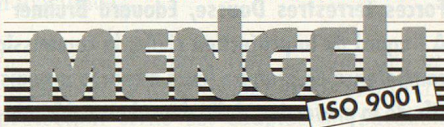
Unsere Sicherheit beginnt nicht erst an der Landesgrenze und hört auch nicht dort auf. Das gilt nicht bloss in Verbindung mit militärischen Bedrohungsformen, sondern in zunehmendem Mass auch für nicht militärische Bereiche. Ich denke dabei an technische oder Naturkatastrophen, aber auch an organisierte Kriminalität und unkontrollierte Migrationsströme. Deshalb müssen wir den europäischen Sicherheitsraum in unserem ureigenen Interesse aktiv mitgestalten helfen. Gerade bei friedensfördernden Einsätzen und im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden können wir unser Know-how einbringen – und zwar in Belangen, welche sowohl militärisch als auch zivil wichtig sind: Logistik, Sanität, Übermittlung, Opferbetreuung oder Katastrophenhilfe, um nur einige Beispiele zu nennen. Hier gibt es für den Bevölkerungsschutz wichtige Betätigungsfelder. Generell darf die Schweiz Frieden nicht nur konsumieren, sondern muss ihn auch mitproduzieren.

Vielen Dank für dieses Gespräch. Hoffen wir, dass sich möglichst viele, denen die Umgestaltung der Armee und des Bevölkerungsschutzes ein Anliegen ist, an der Konsultation beteiligen.

Stellungnahmen sind zu richten an:
«Kernteam Armee 200X»
Generalstab
Rodtmattstrasse 91
3003 Bern
Fax 031 323 30 72
E-Mail:
kernteam.armee200x@gst.admin.ch

ZS-Inserenten im Internet • ZS-Inserenten

SCHUTZRAUM-TECHNIK



St.-Galler-Strasse 10 CH-8353 ELGG
Tel. 052 368 66 66 Fax 052 368 66 55

«Grüezi auf dem Internet!»

E-Mail: mail@mengeu.ch

<http://www.mengeu.ch>

Schutzraummobiliar
planen – nachrüsten

H.-R. Hauser
Telefon 052 368 66 78
Natel 079 226 82 60

Effektentasche Sac pour effets

65 × 40 cm

Fr. 20.–

Bestelladresse/
Adresse de commande:

Schweizerischer
Zivilschutzverband
Postfach 8272, 3001 Bern
Telefon 031 381 65 81
Telefax 031 382 21 02



OBJEKT-EINRICHTUNGEN



ab Fr. 250.–



■ ■ **Wohnheim-Unterkünfte** ■ ■
■ **Gruppen** ■ **Personal** ■ **Tourismus**

ARTLUX • Wiggermatte • 6260 Reiden
Tel. 062 758 35 66 • Fax 062 758 35 67

Plus de compétences pour les cantons, réduction massive des effectifs: conseils de la Commission Brunner pour la protection civile

La procédure au bout de laquelle on trouvera une nouvelle armée et une autre protection civile

JM. Le 26 août 1996, le chef du DMF Adolf Ogi donnait à l'ambassadeur Edouard Brunner, mis à la tête d'une commission d'environ 40 personnes, la mission d'élaborer des directives propres à la politique de sécurité et militaire que la Suisse devrait adopter le siècle prochain. La commission ne devait pas élaborer un nouveau rapport sur la politique de sécurité. Elle devait, pour les 20 à 25 prochaines années, faire ressortir un développement pensable, sur les plans politique, militaire et social, puis montrer quelles en seraient les conséquences pour la Suisse. Le 26 février 1998, en présence du conseiller fédéral Ogi, du chef de l'Etat-major général Scherrer et du chef des Forces terrestres Dousse, Edouard Brunner présentait aux médias son rapport de 27 pages. A l'égard de la protection civile, la commission propose entre autres de donner aux cantons la compétence de prendre leurs mesures organisationnelles selon leurs propres besoins. Les effectifs de la protection civile devraient subir une réduction massive. Ogi comme Brunner insistèrent auprès des représentants des médias sur le fait que dans la mission donnée en été 1996, il n'était pas demandé d'intégrer la protection civile. En ce qui concerne ce rapport, la consultation court jusqu'à fin juin. Nous citons ici quelques éléments de ce rapport, complétés en partie par des déclarations que le chef du DDPS a faites lors de son exposé à la conférence de presse.

Déclarations relatives à la menace:

Cette fin de siècle est marquée par la volonté des Etats démocratiques de construire des institutions visant à assurer la paix à long terme: l'Union européenne, l'OSCE, l'OTAN, le Partenariat pour la Paix, le Conseil de l'Europe et l'ONU. La commission recommande que, dans son intérêt bien compris, notre pays dépasse ses vieilles réticences face à tout engagement international.

L'analyse des forces et des faiblesses de la Suisse en matière de sécurité intérieure met avant tout en lumière les déficits liés aux insuffisances de notre coopération internationale. La commission recommande de trouver des modalités permettant un rapprochement avec l'espace de sécurité européen... Dans le même temps, il y a lieu de renforcer notre propre dispositif de sécurité intérieure.

Les Etats pouvant, à terme, représenter un danger sont éloignés de notre pays et ne disposent pas des forces militaires conventionnelles capables de nous menacer. La Suisse se trouve puissamment armée face à des périls devenus improbables et démunie face aux dangers véritables d'aujourd'hui et de demain. La commission recommande une réorientation et une réadaptation de notre armée et de son armement

en fonction des nouvelles priorités. Les menaces sont devenues diffuses, d'origines diverses, souvent lointaines et révèlent de nouvelles formes de vulnérabilité. Les réponses à ces menaces ne sont pas toutes de nature militaire.

La commission recommande de prendre les mesures nécessaires à faire face aux catastrophes naturelles ou techniques transfrontalières, au crime organisé, au terrorisme, aux pressions, à la prolifération

des armes atomiques, biologiques et chimiques, aux perturbations dans le domaine de l'informatique, ainsi qu'à d'autres dangers analogues potentiels.

La Suisse doit manifester sa solidarité sur le terrain et non pas uniquement de façon financière ou verbale. Les situations conflictuelles nouvelles exigent que nous joignons nos efforts à ceux de nos voisins et partenaires.

La commission recommande la mise sur pied d'une institution unique, dotée de professionnels et de miliciens (volontaires) spécialement entraînés et équipés: un «Swiss Solidarity Corps», capable d'intervenir dans des missions de secours, de paix et d'appui aux civils.

Déclarations relatives aux conséquences que subissent les instruments de la politique de sécurité:

Le système de milice a une signification fondamentale et une valeur qu'il y a lieu de ne pas sous-estimer, non seulement pour l'armée, mais aussi pour la cohésion de l'Etat... L'obligation générale de servir doit être gérée de manière souple. La commission recommande, pour une partie des soldats, l'accomplissement de leur service en une seule période, dont la durée devra être définie.

Les nouvelles exigences de notre politique de sécurité rendent indispensables des réformes dans le domaine de la défense générale, de la protection civile et de l'approvisionnement économique du pays.

La commission recommande de donner la compétence aux cantons d'organiser la protection civile selon leurs besoins, en étroite coordination avec les services techniques communaux et les sapeurs-pompiers. La Confédération pourrait se borner



PHOTOS: C. JABERG/JSPS

Les éléments d'un nouvel édifice de politique de sécurité

JM. Pour le conseiller fédéral Ogi, le rapport Brunner est une précieuse esquisse d'un édifice suisse projeté qui s'appelle nouvelle politique de sécurité. Devant les médias, le chef du DDPS a montré sept pierres d'angle qui ressortent de cette esquisse de projet. Les voici sous une forme abrégée:

Elément 1:

«Une chose est sûre: l'armée et la protection civile seront jugées de plus en plus selon ce qu'elles ont fourni lors d'engagements actuels et non selon leur capacité de maîtriser des dangers peu probables.»

Elément 2:

«Le rapport ne dit pas non à une défense militaire du pays. Nous ne bénéficions pas d'une garantie de sécurité permanente.»

Elément 3:

«L'ère de la lutte individuelle appartient au passé. Nous devons collaborer à la création d'un espace de sécurité de l'Union européenne et être disposés à supporter notre part de responsabilités. Notre neutralité n'est pas une fin en soi.»

Elément 4:

«Il n'y a aucune raison pour garder 400 000 hommes et femmes sous les drapeaux tant que, en rapport avec un

conflit armé, la question de la sécurité des citoyennes et citoyens continue à se poser à une fréquence décroissante alors que, pour les dangers rencontrés dans la vie quotidienne, la même question se pose de plus en plus.»

Elément 5:

«Les citoyennes et citoyens qui portent l'uniforme attendent que le rapport leur donne des précisions quant à l'avenir de la milice et de l'obligation générale de servir... Aujourd'hui, nous ne pouvons pas penser à tourner radicalement le dos au principe de la milice.»

Elément 6:

«Le rapport se prononce clairement en faveur des éléments fédéralistes de la politique de sécurité, pour l'armée avant tout, mais aussi pour la protection civile et la défense générale. En rapport avec ces deux derniers domaines, il faut réanimer le fédéralisme.»

Elément 7:

«La commission perçoit des carences dans la prévention et la gestion des crises au niveau du Conseil fédéral. Je ne puis pas m'exprimer ici au nom du Conseil fédéral. Mais je vais prendre acte des propositions de la commission pour une amélioration de l'alerte rapide, pour une meilleure interaction des départements et pour la création d'un Conseil de sécurité, et le présenter au Conseil fédéral.»

à des appuis ponctuels dans le domaine de la formation et de l'acquisition du matériel. Quant aux effectifs, ils devraient être fortement réduits. L'efficacité y gagnerait grâce à une formation plus professionnelle et à une réelle motivation des hommes et des femmes engagés. L'obligation de servir pourrait, à l'avenir, se faire aussi bien dans la protection civile que dans l'armée. L'infrastructure et les équipements actuels seraient maintenus, mais ne devraient plus être développés.

Le caractère fédéraliste de l'armée doit être maintenu. Au plan de l'organisation, un effort de simplification et de rationalisation doit cependant être entrepris. La commission recommande de donner de nouvelles compétences aux cantons dans le cadre de la réorganisation de la protection civile. En outre, les cantons devraient être compétents pour les missions touchant la sauvegarde des conditions d'existence.

Le conseiller fédéral Ogi, au sujet des instruments de la politique de sécurité: «La protection civile est couplée en parallèle avec l'armée 200X. La réforme 95 de la protection civile suit son cours. D'amples déclarations se préciseront dans le cadre de la consultation. Il sera tenu compte de l'ensemble du problème dans le Rapport sur la politique de sécurité.»

Déclarations concernant le mandat:

Nul ne peut prévoir avec certitude comment évoluera la situation internationale dans les 20 à 25 prochaines années. L'histoire récente a démontré que celle-ci peut soudain évoluer de manière imprévue. La commission s'est cependant efforcée de distinguer les hypothèses les plus vraisemblables, les plus dangereuses et celles qui le sont moins, posant ainsi certaines priorités.

Le conseiller fédéral Ogi au sujet du mandat: «Le rapport représente une définition de notre position sur le plan de la politique de sécurité, à l'adresse du chef du DDPS... Il n'est pas un instrument propre à planifier l'armée et la protection civile... C'est pourquoi vous ne trouverez pas de chiffres concrets sur les effectifs ni de données sur la durée des futurs services. C'est nous, au DDPS, qui déciderons de la mission, de la doctrine, des effectifs, des modèles d'obligation de servir et de l'instruction. Viendront ensuite le Conseil fédéral, le Parlement, le peuple... Le rapport marque le début d'une procédure à la fin de laquelle on trouvera certainement une nouvelle armée et une autre protection civile.»

Hans-Ulrich Scherrer, chef de l'Etat-major général, Adolf Ogi, Edouard Brunner et Jacques Dousse, chef des Forces terrestres (de gauche à droite) devant les médias.



Edouard Brunner: «Les nouvelles exigences de notre politique de sécurité rendent indispensable des réformes dans le domaine de la défense générale, de la protection civile et de l'approvisionnement économique du pays.»

Le conseiller fédéral Adolf Ogi en dialogue avec la revue «Protection civile»

«Le rapport Brunner n'est pas un instrument propre à planifier la protection civile»

La commission d'étude pour les questions stratégiques a présenté son rapport le 26 février. La plupart des médias sont d'avis qu'il est une «bonne prise de position en matière de politique de sécurité». Le chef du Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports (DDPS) considère le rapport Brunner comme une analyse de la situation dans le domaine de la politique de sécurité qui sera intégrée dans les prochains travaux de planification du DDPS. Adolf Ogi insiste sur le fait que l'étude présentée «n'est pas un instrument propre à planifier l'armée ou la protection civile». Les propositions de la commission font l'objet d'une vaste consultation qui se déroulera jusqu'à fin juin de cette année. A cet effet, le rapport a été transmis à autant d'organisations que possible. Selon le vœu du chef du DDPS, de nombreux citoyens et de nombreuses citoyennes intéressé(e)s devraient également participer à cette consultation.

Monsieur le Conseiller fédéral Ogi, le 1^{er} janvier 1998, vous avez reçu à bras ouverts les offices qui se sont joints au DDPS, et parmi eux l'Office fédéral de la protection civile (OFPC). Vous voulez, jusqu'à la fin de l'année, incorporer intégralement les nouveaux arrivés dans votre département. Comment voyez-vous les étapes de cette incorporation? Qu'advient-il de l'OFPC au 1^{er} janvier 1999?

Le 1^{er} janvier 1998, nous avons tous eu le plaisir de faire le pas qui mène du DMF au DDPS, donnant ainsi au domaine de la sécurité de notre pays un sens d'intégralité. Sur ces entrefaites, j'ai confié au Dr Paul Horrisberger la direction du projet «Protection de la population». Jusqu'à la fin de cette année, il devra mettre en place une unité organisationnelle se composant de l'Office fédéral de la protection civile, de l'Office central de la défense (OCD) et de la Centrale nationale d'alarme (CENAL). Dans cette phase, il ne s'agit donc pas de procéder à une restructuration détaillée et définitive des offices concernés. Il s'agit plutôt et avant tout d'une harmonisation

au sein de l'administration. Ainsi, il est trop tôt pour émettre des pronostics en ce qui concerne la manière de structurer un jour la protection civile, l'OCD et la CENAL à l'échelon opérationnel.

Dernièrement, vous avez prédit pour fin 2000 une nouvelle réduction du personnel dans votre département, réduction qui toucherait environ 500 places de travail. Avez-vous déjà une idée de la proportion dans laquelle la protection civile sera touchée, à l'échelon fédéral?

Entre 1990 et 1997, le DMF a réduit son personnel de 3632 places, passant d'environ 20 000 places de travail à 16 542. Sur le plan de la politique de sécurité, c'était

défendable, sur le plan financier, c'était un cas de force majeure, sur le plan social, c'était supportable. Comme cette opération n'a entraîné que 69 licenciements, on peut parler d'un projet bien géré. Pour cette année, j'ai ordonné la suspension des réductions d'effectifs pour assurer l'exécution de tâches urgentes dans le domaine de l'armée et pour garantir l'incorporation des nouvelles unités administratives dans le DDPS. Indépendamment de la privatisation des entreprises d'armement, nous devrons cependant procéder, entre 1999 et 2000, à une nouvelle réduction des effectifs du DDPS qui touchera 500 personnes. Des licenciements seront probablement inévitables. Dans le cadre de la réforme gouvernementale et de l'administration (phase NOVE DUE), l'OFPC devra, jusqu'à fin 2000, réduire de 5% ses dépenses pour le personnel alors que pour les dépenses matérielles, la réduction devra atteindre en tout 10%. Je ne pourrai vous donner d'autres détails que plus tard.

OFPC – Brunner: en principe, pas de divergences

JM. Le 26 février 1998, l'Office fédéral de la protection civile (OFPC) a procédé à une première analyse des principales constatations contenues dans le rapport Brunner.

L'OFPC en retient ce qui suit:

«Les considérations émises à ce sujet par la commission Brunner correspondent pour l'essentiel aux thèses formulées par l'OFPC à l'appui de son projet «Protection de la population 200X» lancé avec le concours des cantons. Ce projet sera mené en parallèle avec le projet «Armée 200X», en y associant étroitement tous les milieux concernés.

- L'idée d'une obligation générale de servir doit être encouragée.
- Les mesures destinées à permettre un long séjour de la population dans les abris peuvent être exécutées ultérieurement. Cette modification permet de réduire les effectifs de la protection civile.
- Le rôle des cantons doit être renforcé.
- La collaboration avec d'autres services d'intervention doit être intensifiée.
- L'accent doit être mis sur le maintien de la valeur des constructions et du matériel existants.»

Tant que nous nous trouvons dans les chiffres: il y a des mois déjà, vous aviez prédit pour la protection civile des temps difficiles, notamment dans votre éditorial du numéro 1-2/98 de la présente revue. En ce qui concerne le rapport sur les questions stratégiques, l'ambassadeur Brunner et vous avez pris résolument distance des chiffres avec lesquels certains médias colportaient avec vantardise, déjà avant que l'étude ait été présentée. Ces chiffres se rapportaient aux réductions en question. Il paraît évident qu'une diminution des effectifs était inévitable. Ainsi que le déclare l'OFPC, il est possible de réduire les effectifs, par exemple dans le domaine des abris. Voyez-vous d'autres possibilités de réduire les effectifs?

Permettez-moi d'abord de retenir ce qui suit: le rapport Brunner est une analyse précieuse de la situation. Il nous permet de savoir où nous nous trouvons. Les déclarations et les propositions qu'il contient vont, sans contredit, faire corps avec nos réflexions. Il ne sera cependant pas un instrument direct propre à planifier l'armée et la protection civile. Il n'est ni un rapport sur la politique de sécurité, ni un nouveau

plan directeur de l'armée et de la protection civile. Il marque par contre le début d'une procédure au bout de laquelle on trouvera une nouvelle armée et une autre protection de la population. Les deux domaines (l'armée et la protection civile) seront sûrement plus sveltes qu'aujourd'hui. Pour cela, il y a trois raisons principales: les changements dont a souffert la situation de la politique européenne, les caisses publiques vides et enfin le développement démographique. Mais encore une fois: il ne serait pas sérieux de parler d'effectifs aujourd'hui.

En matière de protection civile, le rapport sur les questions stratégiques correspond dans une large mesure aux réflexions que l'OFPC a faites en collaboration avec les cantons dans le cadre du projet commun «Protection de la population 200X». Comme il se doit, ce projet est réalisé en parallèle avec le projet «Armée 200X». Dans ce dernier, il est aussi question d'une réduction de l'obligation de servir dans l'armée. Voyez-vous des mesures analogues pour la protection civile, par exemple sous forme d'un abaissement de l'obligation de servir à 42 ans? Quelles économies une telle mesure entraînerait?

D'abord, à propos du rapport Brunner, une consultation à large échelle est en cours à présent. Jusqu'en été, toutes les personnes et organisations intéressées devraient pouvoir s'exprimer à ce sujet. Ensuite, je veux exposer au Conseil fédéral mes idées politiques directrices, idées qui devraient aboutir, en 1999, à un nouveau rapport sur la politique de sécurité. Sur cette base naîtra, à la fin de notre siècle, un nouveau plan directeur de l'armée et de la protection de la population. Ce n'est qu'alors que nous pourrions discuter d'éventuels nouveaux modèles de défense et de l'obligation

de servir. Nous voulons d'abord planifier notre futur «édifice suisse de sécurité». Ensuite seulement, nous déterminerons le mode de construction. Pour cette raison, le projet «Protection de la population 200X» ne doit pas être découplé de la réforme «Armée 200X».

La commission recommande de donner aux cantons, lors de la réorganisation de la protection civile, plus de poids et plus de compétences. Que faut-il entendre par là? Faut-il s'attendre à ce que les quelques cantons financièrement forts forcent la dose en matière de protection de leur population alors que trop de cantons financièrement faibles en feraient trop peu?

En guise d'entrée en matière, je voudrais souligner que pour la protection civile, on a fait beaucoup jusqu'à présent, pour l'ensemble de la Suisse. D'autre part, il n'y a aucun doute sur le fait qu'il existe de nombreuses possibilités d'amélioration au point de vue de la collaboration entre l'armée, la protection civile et les services communaux de défense. Pour l'avenir, on pourrait adopter la devise «optimiser la substance, réduire les frais, décentraliser les responsabilités». Nous avons accueilli avec l'intérêt voulu les propositions que la commission Brunner a exprimées en la matière et nous sommes curieux des réactions et des idées des cantons, éléments que nous allons incorporer dans notre planification.

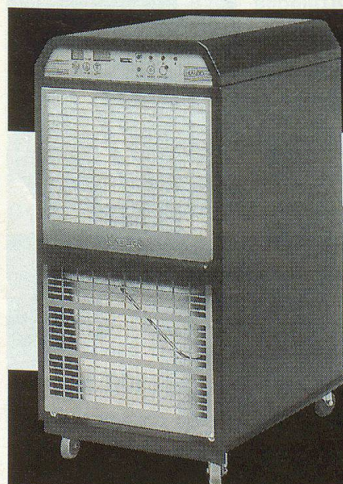
A la conférence des médias du 26 février, vous avez déclaré que l'ère des luttes individuelles de la Suisse était révolue. La commission Brunner recommande plus de solidarité et des efforts communs avec nos pays voisins. Exprimé ainsi, on pense tout

de suite à un partenariat pour la paix et à d'autres formes de collaboration qui sont déjà en cours. Quelles possibilités s'ouvrent-elles ainsi et quelles empreintes trouvera-t-on alors à l'échelon protection de la population?

Notre sécurité ne commence pas et ne s'arrête pas à la frontière de notre pays. Ceci n'est pas seulement valable en rapport avec les formes de menace militaires mais aussi et de plus en plus en rapport avec les domaines non militaires. Je pense ainsi aux catastrophes techniques ou naturelles puis aussi à la criminalité organisée et aux foules incontrôlées d'immigrants. Nous devons donc, dans notre propre intérêt, aider activement à façonner l'espace de sécurité européen. Ce sont justement les interventions promotrices de la paix, menées dans le cadre du partenariat, qui nous permettront de prouver notre savoir-faire, dans des domaines aussi importants pour le civil que pour le militaire, des domaines tels que la logistique, le service sanitaire, les transmissions, l'assistance des victimes ou l'aide en cas de catastrophe, pour ne citer que quelques exemples. Ici se dessinent des champs d'activité importants pour la protection de la population. De manière générale, la Suisse ne peut pas se contenter de consommer la paix, elle doit aussi collaborer à l'édifier.

Merci pour cet entretien. Nous espérons que nombreux seront ceux qui, s'intéressant à la réorganisation de l'armée et de la protection de la population, prendront part à la consultation. (Les prises de position seront adressées à «Kernteam Armée 200X», Etat-major général, Rodtmattstrasse 91, 3003 Berne, fax 031 323 30 72, e-mail: kernteam.armee200x@gst.admin.ch).

Interview: Hans Jürg Mürger



De l'humidité dans les abris?

- La nouvelle génération de déshumidificateurs d'air – automatiques, robustes, fiables
- 11 modèles pour toutes les applications
- Mesures gratuites de l'humidité
- Méthode éprouvée depuis plus de 60 ans

Krüger + Cie SA

1606 Forel VD, Téléphone 021/781 27 91

Münsingen BE, Grellingen BL, Gordola TI, Dielsdorf ZH, Weggis LU, Zizers GR, Samedan GR, Siebnen SZ, Degersheim SG

Envoyez-moi une information détaillée sur vos déshumidificateurs pour abris:

Nom: _____

Adresse: _____

NPA/Localité: _____

envoyer à: Krüger + Cie SA, 1606 Forel VD

KRÜGER

Maggiori competenze per i Cantoni, massiccia riduzione degli effettivi: sono queste le raccomandazioni della Commissione Brunner per la protezione civile

Un processo che alla fine darà vita a un nuovo esercito e a un'altra protezione civile

JM. Il 26 agosto 1996 il capo del DMF Adolf Ogi diede all'ambasciatore Edouard Brunner l'incarico di presiedere una commissione di circa 40 persone istituita allo scopo di elaborare direttive di politica militare e di sicurezza per la Svizzera dopo il 2000. La commissione non aveva il compito di redigere un nuovo Rapporto sulla sicurezza o un nuovo Quadro direttivo dell'esercito, ma di individuare la possibile evoluzione politica, militare e sociale nei prossimi 25 anni e di indicarne le eventuali conseguenze per la Svizzera. Il 26 febbraio di quest'anno Edouard Brunner ha presentato ai media il Rapporto lungo 27 pagine alla presenza del Consigliere federale Ogi, del capo dello Stato maggiore generale Scherrer e del capo delle Forze terrestri Dousse. Per quanto riguarda la protezione civile, la commissione raccomanda tra l'altro di affidare ai cantoni la competenza per l'organizzazione secondo le proprie esigenze. Gli effettivi della protezione civile devono essere notevolmente ridotti. Nei confronti dei rappresentanti dei media Ogi e Brunner hanno sottolineato che il mandato impartito nell'estate 1996 originariamente non prevedeva di coinvolgere anche la protezione civile. Il termine della procedura di consultazione per il Rapporto è previsto per la fine di giugno. Qui di seguito citeremo alcune considerazioni importanti integrate da affermazioni del capo del DDPS durante la conferenza stampa.

Considerazioni sulle minacce:

La fine di questo secolo è caratterizzata dalla volontà degli Stati democratici di costruire istituzioni destinate ad assicurare la pace a lungo termine: oltre all'Unione Europea, dobbiamo considerare l'OSCE, la NATO allargata, il Partneriato per la pace, il Consiglio d'Europa e, naturalmente, le Nazioni Unite. La commissione raccomanda che il nostro Paese, nel suo interesse, superi le vecchie reticenze di fronte agli impegni internazionali.

L'analisi dei punti forti e dei punti deboli della Svizzera in materia di sicurezza interna evidenzia prima di tutto la carenza legate all'insufficienza della nostra cooperazione internazionale. La commissione raccomanda di trovare modalità che permettano un avvicinamento allo spazio di sicurezza europeo... Nel contempo, occorre rafforzare il nostro dispositivo di sicurezza interno.

Gli Stati che un giorno potrebbero rappresentare un pericolo sono lontani dal nostro Paese e non dispongono di forze militari convenzionali tali da minacciarci. La Svizzera è efficacemente armata per affrontare minacce diventate improbabili e insufficientemente preparata di fronte ai veri pericoli di oggi e di domani. La commis-

sione raccomanda un riorientamento e un adeguamento del nostro esercito e del suo armamento in funzione delle nuove priorità.

Le minacce sono diventate diffuse, di origini diverse, spesso lontane, e rivelano nuo-

ve forme di vulnerabilità. Le risposte a queste minacce non sono tutte di natura militare. La commissione raccomanda di prendere misure adeguate per affrontare le catastrofi naturali e tecnologiche transfrontaliere, il crimine organizzato, il terrorismo, la proliferazione delle armi atomiche, biologiche e chimiche, le pressioni, le perturbazioni in campo informatico e altri pericoli potenziali analoghi.

La Svizzera deve manifestare la propria solidarietà sul posto e non soltanto finanziariamente e verbalmente. Le situazioni conflittuali di nuovo tipo esigono che uniamo i nostri sforzi a quelli dei nostri vicini e partner. La commissione raccomanda la creazione di un'istituzione unica, dotata di personale professionista e di milizia (volontari) particolarmente addestrato ed equipaggiato: un «Corpo Svizzero di Solidarietà» in grado di intervenire in occasione di missioni di soccorso, di pace e di appoggio ai civili.

Considerazioni sulle conseguenze per gli strumenti della politica di sicurezza:

Il sistema di milizia ha un significato fondamentale e un valore non trascurabile, non soltanto per l'esercito, ma per la comunità in generale... La gestione dell'obbligo generale di prestare servizio deve essere più flessibile. La commissione raccomanda di studiare le possibilità, per una parte dei militari, di effettuare il servizio in un solo periodo di una durata da definire. Le nuove esigenze della nostra politica di sicurezza rendono necessarie riforme nel campo della difesa integrata, della prote-



Grande interesse dei media alla conferenza stampa del 26 febbraio a Berna: Il Consigliere federale Adolf Ogi ed Edouard Brunner in mezzo ai rappresentanti dei media.

FOTO: C. JABERG/GPS

zione civile e dell'approvvigionamento economico del Paese. La commissione raccomanda di dare la competenza ai Cantoni di organizzare la protezione civile secondo i loro bisogni, in stretto coordinamento con i servizi tecnici comunali e i corpi pompieri. La Confederazione deve limitarsi a stabilire il quadro legale e a fornire un supporto puntuale nel campo dell'istruzione e dell'acquisto del materiale. Per quanto riguarda gli effettivi, essi devono essere fortemente ridotti. L'efficacia aumenterà grazie a un'istruzione più professionale e a una reale motivazione degli uomini e delle donne impegnati. In avvenire, l'obbligo di prestare servizio potrebbe essere assolto tanto nella protezione civile quanto nell'esercito. L'infrastruttura dei rifugi e gli equipaggiamenti attuali sarebbero mantenuti ma non dovrebbero più essere ampliati.

Il carattere federalista dell'esercito deve essere mantenuto. Sul piano organizzativo, deve tuttavia essere intrapreso uno sforzo di semplificazione e di razionalizza-

zione. La commissione raccomanda di conferire ai Cantoni nuove competenze nel quadro della riorganizzazione della protezione civile. I Cantoni devono anche essere responsabili degli impieghi destinati alla preservazione delle condizioni d'esistenza.

In merito agli strumenti della politica di sicurezza il Consigliere federale Ogi ha affermato: «La protezione civile sarà organizzata parallelamente all'esercito 200X. La riforma 95 della protezione civile sarà proseguita. Le altre considerazioni dovranno essere precisate nel quadro delle consultazioni; l'intera problematica dovrà essere esaminata nel suo complesso nel Rapporto sulla politica di sicurezza.»

Considerazioni sul mandato:

È impossibile prevedere con certezza come evolverà la situazione internazionale nei prossimi 20 a 25 anni. La storia recente ha dimostrato che essa può evolvere improv-

visamente in maniera imprevista. La commissione si è dunque sforzata di distinguere le ipotesi più verosimili, le più pericolose e quelle meno probabili, stabilendo in tal modo determinate priorità.

In merito al mandato il Consigliere federale Ogi ha affermato: «Il rapporto rappresenta un'analisi della politica di sicurezza destinata al capo del dipartimento DDPS... Non è uno strumento di pianificazione dell'esercito e della protezione civile... Per questo non contiene cifre concrete sugli effettivi o indicazioni sulla durata dei servizi in futuro. Saremo noi del DDPS a decidere in merito al mandato, alla dottrina, agli effettivi, ai modelli di obbligo al servizio e all'istruzione. Poi la parola passerà al Consiglio federale, al Parlamento e al Popolo... Il Rapporto segna l'inizio di un processo che alla fine darà vita certamente a un nuovo esercito e a un'altra protezione civile. ▣

Intervista di «Protezione civile» al Consigliere federale Adolf Ogi

«Il rapporto Brunner non è uno strumento di pianificazione della protezione civile»

Il 26 febbraio, la Commissione di studio per le questioni strategiche ha presentato il suo rapporto che è stato accolto bene dalle maggior parte dei media come una «definizione precisa della situazione sul piano della politica di sicurezza». Il capo del Dipartimento della difesa, della protezione della popolazione e dello sport (DDPS) considera il Rapporto Brunner come un'analisi della situazione della politica di sicurezza che potrà influire sulla futura pianificazione del DDPS. Tuttavia Adolf Ogi ha sottolineato che questo rapporto non è «uno strumento di pianificazione dell'esercito o della protezione civile». Le proposte della commissione saranno fino a fine giugno di quest'anno oggetto dell'ampia procedura di consultazione alla quale – come si augura il capo del DDPS – dovrebbero partecipare il maggior numero possibile di organizzazioni di milizia ed anche numerosi cittadine e cittadini svizzeri interessati.

Consigliere federale Ogi, dal 1° gennaio 1998 Lei ha accolto a braccia aperte gli uffici federali che sono passati al DDPS, tra i quali anche l'Ufficio federale della protezione civile (UFPC) ed entro la fine dell'anno vorrebbe integrare pienamente questi «nuovi arrivati» nel suo dipartimento. Quali misure prevede a tale scopo? E che cosa succederà il 1° gennaio 1999 all'UFPC?

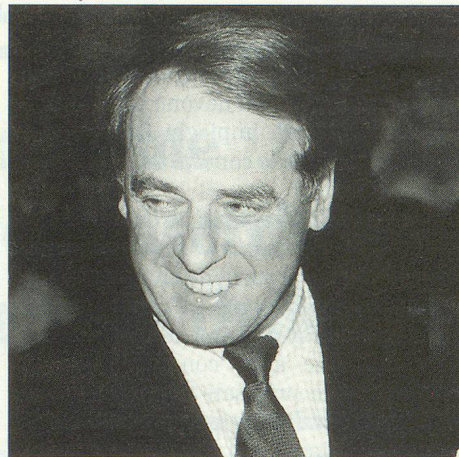
Tutto noi siamo stati ben lieti di passare dal DMF al DDPS il 1° gennaio 1998, in modo da poter dare un valore più unitario al settore della sicurezza nel nostro Paese. Nel frattempo ho incaricato il dott. Paul Horrisberger di dirigere il progetto «Protezione della popolazione» che entro la fine di quest'anno dovrebbe elaborare una nuova unità organizzativa – all'interno del DDPS – partendo dall'Ufficio federale della protezione civile, dall'Ufficio centrale della difesa (UCD) e dalla Centrale nazionale d'allarme (CENAL). In questa fase non si tratta quindi di una ristrutturazione ampia

e dettagliata degli uffici in questione, ma soprattutto di un'armonizzazione amministrativa interna. Per questo sarebbe prematuro prevedere già oggi come saranno un giorno strutturati la protezione civile, l'UCD e la CENAL a livello operativo.

Recentemente Lei ha annunciato per la fine del 2000 un'ulteriore riduzione di personale nel Suo dipartimento – nell'ordine di 500 posti di lavoro. Può dirci già ora in che misura la protezione civile sarà coinvolta da queste misure?

Tra la fine del 1990 e la fine del 1997 il DMF ha ridotto il suo effettivo di personale di 3632 persone da circa 20 000 a 16 542. La cosa è stata senz'altro accettabile sul piano della politica di sicurezza, indispensabile sul piano finanziario e sopportabile sul piano della politica sociale. Il fatto che ci siano stati solo 69 licenziamenti dimostra la buona gestione del progetto. Per l'anno in corso ho ordinato una

FOTO: H. J. MÜNGER



pausa delle riduzioni di personale, per assicurare l'adempimento dei compiti più importanti nel settore dell'esercito e per garantire l'inserimento delle nuove unità amministrative nel DDPS. Nel periodo 1999-2000 comunque, a prescindere dalla privatizzazione delle imprese di armamenti, dovremo ridurre di altre 500 persone l'effettivo del DDPS, cosa che purtroppo non permetterà di evitare qualche licenziamento. Nell'ambito della riforma del governo e dell'amministrazione (fase NOVE DUE) fino alla fine del 2000 l'UFPC dovrà ridurre le sue spese per il personale del 5 per cento. Per quanto riguarda le spese di materiale, si devono realizzare risparmi per un totale del 10 per cento. Solo in seguito sarò in grado di dare ulteriori dettagli al proposito.

Dato che siamo in tema di cifre vorrei chiederle questo: già qualche mese fa Lei ha parlato di tempi duri per la protezione civile, come ad esempio nel suo editoriale per il numero 1-2/98 di questa rivista. Per quanto riguarda il Rapporto sulle questioni strategiche, sia Lei che l'ambasciatore Brunner avete detto di non poter condividere le cifre sulle riduzioni degli effettivi che alcuni media avevano riferito già prima della presentazione del rapporto. È evidente che sarà necessaria una riduzione degli effettivi. Secondo l'UFPC sarebbero ad esempio possibili riduzioni nel settore dei rifugi. Secondo Lei, ci sono altre possibilità di riduzione degli effettivi?

Prima di tutto vorrei precisare un punto: il rapporto Brunner è una preziosa analisi della situazione e dei valori attuali e le affermazioni e le proposte in esso contenute influiranno anche sulle nostre riflessioni. Tuttavia non si tratta di uno strumento immediato di pianificazione dell'esercito e della protezione civile. Non è un rapporto sulla politica di sicurezza né un nuovo quadro direttivo dell'esercito e della protezione civile. Esso dà invece inizio ad un processo alla fine del quale ci saranno un nuovo esercito e un'altra protezione della popolazione. Entrambi i settori – l'esercito e la protezione civile – saranno sicuramente più snelli di oggi, e questo per tre ragioni principali: la mutata situazione geografica e politica in Europa, il grave deficit delle casse statali e l'evoluzione demografica. Ma ripeto ancora una volta che parlare oggi di dati di riduzione degli effettivi è poco serio.

Per quanto riguarda la protezione civile il rapporto sulle questioni strategiche corrisponde in gran parte alle riflessioni che

l'UFPC e i cantoni hanno presentato nell'ambito del loro progetto comune «Protezione della popolazione 200X», che giustamente viene portato avanti parallelamente al progetto «Esercito 200X». Questo progetto prevede anche la riduzione dell'obbligo di servizio nell'esercito. Ritiene che in questo contesto sia possibile ad esempio anche un proscioglimento dal servizio di protezione civile già a 42 anni? E quali risparmi si potrebbero così realizzare?

Ora ci sarà prima di tutto un'ampia consultazione sul rapporto Brunner, sul quale fino all'estate prossima dovranno pronunciarsi tutte le persone e le organizzazioni interessate. Poi io esporrò al Consiglio federale le mie idee politiche direttive che nel 1999 dovrebbero trovar sbocco in un nuovo rapporto sulla politica di sicurezza. Su questa base alla fine del secolo dovrebbe nascere un nuovo quadro direttivo dell'esercito e della protezione della popolazione. Solo allora discuteremo di eventuali nuovi modelli di difesa e di obblighi di servizio. Vogliamo prima pianificare il futuro «complesso di sicurezza svizzera» e poi fissare la sua realizzazione pratica. Per questa ragione il progetto «Protezione della popolazione 200X» non va separato dalla riforma «Esercito 200X».

La commissione raccomanda di concedere maggiore potere e maggiori competenze ai cantoni nella riorganizzazione della protezione civile. Che cosa significa in concreto questa raccomandazione? Vuol dire che i pochi cantoni dalle finanze solide faranno il massimo per la protezione della popolazione mentre quelli dalle finanze più deboli faranno ben poco?

Per cominciare vorrei sottolineare che nel settore della protezione civile finora a livello nazionale è stato fatto moltissimo. D'altra parte ci sono senza dubbio nume-

rose possibilità di miglioramento nel contesto della collaborazione tra esercito, protezione civile e servizi di difesa comunali. Il motto per il futuro potrebbe quindi essere: ottimizzare la sostanza, ridurre le spese, decentralizzare la responsabilità. Abbiamo accolto con interesse le relative proposte della commissione Brunner e aspettiamo con impazienza le reazioni e le idee dei cantoni che possiamo integrare nella nostra pianificazione.

Nella conferenza stampa del 26 febbraio Lei ha spiegato che l'era delle battaglie solitarie della Svizzera è ormai acqua passata. La commissione Brunner raccomanda maggiore solidarietà e sforzi comuni con gli Stati nostri vicini. Vengono subito in mente anche il Partneriato per la pace ed altre forme di collaborazione ben avviate. Quali possibilità si aprono qui per la protezione della popolazione d'impronta futura?

La nostra sicurezza non comincia e non finisce ai confini nazionali. Ciò vale non solo in rapporto alle forme di minaccia militari, ma anche in misura crescente per i settori non militari. Al proposito penso soprattutto alle catastrofi tecniche o naturali, ma anche alla criminalità organizzata e alle correnti migratorie incontrollate. Per questo dobbiamo aiutare ad organizzare attivamente lo spazio di sicurezza europeo nel nostro stesso interesse. Proprio negli interventi a favore della pace e nell'ambito del Partneriato per la pace possiamo apportare il nostro know how, e questo in settori importanti sia sul piano militare che civile: la logistica, la sanità, le trasmissioni, l'assistenza alle vittime o l'aiuto di catastrofe, per citare solo alcuni esempi. Qui ci sono importanti settori di attività per la protezione della popolazione. In generale la Svizzera non può solo consumare la pace, ma deve anche contribuire a produrla.

La ringrazio per questa intervista. Speriamo che tutti coloro che ritengono importante la riorganizzazione dell'esercito e della protezione della popolazione prendano parte alla consultazione.

(I pareri vanno presentati al «Kernteam Armee 200X» Stato maggiore generale Rodtmattstrasse 91 3003 Berna fax 031 323 30 72

E-mail: kernteam.armee200x@gst.admin.ch).

Intervista: Hans Jürg Münger